

Vorfahrt für den Aufbau Ost

Gemeinsam handeln für Deutschland

- Beschluß zum Aufbau Ost
mit der Einführungsrede
von Wolfgang Schäuble auf dem
3. Parteitag der CDU
Deutschlands in Düsseldorf
vom 25. bis 28. Oktober 1992

Wolfgang Schäuble:

Unsere Aufgabe: Wohlstand im Osten entwickeln und im Westen sichern

Angesichts der desolaten Hinterlassenschaft von 40 Jahren Sozialismus brauchen wir eine Verstärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern. Wir müssen das in einer Zeit leisten, in der die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung bei uns in Deutschland wie in der Weltwirtschaft insgesamt sich ungünstiger darstellen, als noch vor wenigen Monaten von allen vorhergesagt. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft als Ganzes und der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern sind deshalb zwei Teilaufgaben derselben großen nationalen Herausforderung.

Wir dürfen die Lage in den neuen Bundesländern weder dramatisieren noch beschönigen. Krankreden schadet genauso wie Gesundbeten.

Der Aufbau der öffentlichen Infrastruktur kommt gut voran. Über 500.000 Gewerbeanmeldungen sind Zeichen des wirtschaftlichen Aufbruchs. Das Erscheinungsbild der Städte hat sich wesentlich verbessert. Mit einem Aufwand von 55 Milliarden DM entsteht in sechs Jahren ein flächendeckendes modernes Telekommunikationsnetz — wahrscheinlich eines der größten Projekte der Wirtschaftsgeschichte überhaupt.

Andererseits macht die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt große Sorgen. Insgesamt 40 Prozent aller Arbeitsplätze sind weggefallen. Die private Investitionstätigkeit beträgt in diesem Jahr pro Kopf in den neuen Bundesländern nur knapp die Hälfte der Investitionen pro Kopf in den alten Bundesländern. Dafür sind die Lohnstückkosten mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Die Märkte im Osten sind völlig weggebrochen. Das Eindringen in die

Westmärkte ist zumal in einer schwachen Verlaufsphase der Weltwirtschaft schwierig.

Deshalb müssen wir die öffentlichen Investitionen und die Förderung der privaten Investitionen fortsetzen und verstärken. Die Wohnungsinvestitionen sind bisher viel zu niedrig. Ihre Verstärkung mit allen positiven Folgen für die heimische Bauwirtschaft, für das Bauhandwerk und für den Mittelstand ist eine Schlüsselfrage für den Aufschwung Ost.

Dabei müssen wir dann allerdings auch dafür sorgen, daß zusätzliche Impulse auch zu einer wirklichen Entlastung auf dem Arbeitsmarkt führen. Es darf nicht so sein, daß wir bei hoher Arbeitslosigkeit dennoch keine Arbeitskräfte für die Bauwirtschaft und das Handwerk finden, weil Sozialleistungen demotivierende Wirkungen entfalten. Auch mit den Werkverträgen für Bauarbeiter aus Osteuropa kann es so nicht weitergehen.

Hier kann dann nicht das Prinzip des österreichischen Kollegen von Theo Waigel gelten, daß was geschehen muß, aber nix passieren darf. Es muß etwas passieren.

Wir müssen bei hoher Arbeitslosigkeit in den jungen Bundesländern die Meldungen ernst nehmen, daß Hunderttausende unter Tarif und mit verkürzten Sozialleistungen beschäftigt sein sollen und daß man in ganz

Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, zur Begründung des Antrags „Gemeinsam handeln für Deutschland: Vorfahrt für den Aufbau Ost“

Deutschland sich kaum noch an eine Ausschreibung für Bauaufträge mit Erfolgsaussichten beteiligen kann, wenn man in der Kalkulation nicht auch Werkvertragsbeschäftigte einsetzt.

Für den Aufschwung in der Bauwirtschaft sind auch die Regelung der Altschulden im Wohnungsbau, die Verstärkung der Privatisierung, die rasche Verbreiterung des Grundstücksmarkts, Planungs- und Erschließungshilfen für die Kommunen und die weitere Stärkung der Verwaltungskraft wichtige Bausteine.

Wir wollen und müssen die Mittelstandsförderung verstärken. Deshalb sollte für den ostdeutschen Mittelstand die Investitionszulage aufgestockt werden. Mietkauf, Mietpacht und Kaufpreisstundungen sollen die Kapitalschwäche ostdeutscher Existenzgründer überwinden helfen. Wir werden zur Rechtsver-

einfachung und Verfahrensbeschleunigung im Bundestag bald ein Artikelgesetz einbringen, um diese Investitionshemmnisse abzubauen.

Es wäre vielleicht besser gewesen, wir hätten 1990 nicht unsere ganzen komplizierten Regelungen aus dem Westen mit einem Schlag auf die neuen Bundesländer übertragen.

Aber damals wollte man auf Günther Krause und mich noch nicht hören. Deswegen wird es Zeit, daß wir jetzt diesen Fehler von 1990 korrigieren.

Aber, liebe Freunde, der Wirtschafts- und Finanzpolitik der nächsten Jahre — Theo Waigel hat davon gesprochen — stellen sich ganz ungewöhnlich anspruchsvolle Aufgaben. Wir brauchen in einer Phase der Konjunkturabschwächung, im übrigen auch angesichts erheblicher struktureller Probleme des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik Deutschland, ein drastisches Spar- und Sanierungsprogramm. Wir brauchen zugleich Wachstumsimpulse.

Deshalb unterstützen wir mit Nachdruck das Konzept von Theo Waigel zur aufkommensneutralen Reform der Unternehmensbesteuerung. Darum ist es gut, daß Helmut Kohl schon Mitte der 80er Jahre die Weichen dafür gestellt hat, daß zum 1. Januar 1993 der große einheitliche Europäische Binnenmarkt verwirklicht wird. Von beidem werden erhebliche belebende Wirkungen ausgehen.

Wir brauchen — das steht im Antrag des Bundesvorstands — ein drastisches Sanierungs- und Sparkonzept für alle Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. Dies erfordert auch Eingriffe bei gesetzlichen Leistungen und anderen rechtlichen Verpflichtungen.

Weil im Bundesstaat der Bund nicht die alleinige Verantwortung für finanzpolitische Solidität trägt, müssen sich die westdeutschen Länder und Kommunen dem Sparkurs des Bundes anschließen. Die Absprache im Finanzplanungsrat von Anfang Juli, nämlich Begrenzung der Ausgabenzuwächse für die westdeutschen Gebietskörperschaften auf 2,5 bis 3 Prozent im Durchschnitt der nächsten Jahre, muß durchgesetzt werden. Der Bundesfinanzminister hat dazu — er hat es ja soeben nochmals vorgetragen — ein föderales Konsolidierungsprogramm für Bund, Länder und Gemeinden vorgeschlagen. Wir müssen die notwendigen Einschnitte gemeinsam tragen.

Liebe Freunde, Helmut Kohl hat in seiner großen Rede vorgestern das Ausmaß der Aufgabe beschrieben, 40 Jahre Teilung und Sozialismus zu überwinden. Deshalb, liebe Freunde, ist eben auch wahr, daß alle Sparmaßnahmen am Ende nicht völlig ausreichen werden. Deswegen bekennen wir uns in Nr. 9 unseres Antrags dazu, daß zur finanziellen Bewältigung der Erblast des SED-Regimes Steuererhöhungen als Ultima ratio unvermeidlich sein werden.

Es nützt alles nichts: Bei über 400 Milliarden DM zusätzlichen Schulden, die uns der marode Sozialismus hinterlassen hat und für die wir Zinsen und Tilgung leisten müssen, schaffen wir es am Ende neben allen anderen Aufgaben beim Aufbau der neuen Länder ohne zusätzliche Einnahmen nicht. Dafür, nur dafür, wollen wir zusätzliche Mittel. Alles andere muß durch Einsparungen, Umschichtungen und den Ertrag einer auf Wachstum und Stabilität angelegten Wirtschaftspolitik erwirtschaftet werden.

Nicht nur Theo Waigel hat die Sorge, daß mit einer solchen Aussage am Anfang der notwendigen Gespräche mit den Ländern und im Rahmen des Sozialpakts der Druck, die dringend notwendigen Sparmaßnahmen politisch durchzusetzen, gemindert werden könnte. Aber die Größe der Aufgabe ist, liebe Freunde, andererseits jedem klar. Im Grund weiß ja jeder, daß wir drastische Einsparungen und begrenzte Einnahmeverbesserungen zugleich brauchen.

Wenn wir uns als CDU heute zu diesem notwendigen Schritt bekennen, dann folgt daraus auch unsere Verantwortung, den Bundesfinanzminister bei der Durchsetzung der notwendigen Einsparungen zu unterstützen.

Ich begrüße sehr die Ankündigung, daß man sich im Kabinett auch zwischen den beteiligten Ministern einigt. Da muß die Fraktion den Streit nicht allein in ihren eigenen Reihen austragen.

Es kommt jetzt, liebe Freunde, darauf an, daß wir all die notwendigen Entscheidungen — Haushalt 1993, zusätzliche Maßnahmen für den Aufbau Ost, Einbeziehung der neuen Länder in den Bund-Länder-Finanzausgleich und Bewältigung der Erblast von 40 Jahren Sozialismus — bündeln und so rasch wie möglich treffen.

Da in der Sozialen Marktwirtschaft der Staat allein die Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung nicht tragen kann, sondern auf die Mitwirkung der Tarif- und Sozialpartner notwendig angewiesen ist, brauchen wir einen Solidarpakt. Alle Beteiligten müssen rasch an einen Tisch. Niemand kann sich seiner Verantwortung entziehen. Nur so können Finanzpolitik, Geldpolitik und Tarifpolitik wieder stärker in Übereinstimmung gebracht werden. Denn zu hohe Tarifabschlüsse, zu hohe Zinsen und zu hohe Staatsausgaben bedeuten, daß wir derzeit in Deutschland über unsere Verhältnisse leben. Währungsstabilität, Wirtschaftswachstum, Entfaltung aller Leistungskräfte und Sparsamkeit sind das oberste Gebot der Stunde.

Es darf auch nicht monatelang weiter diskutiert werden. Niemand darf auf Zeit spielen. Was wir brauchen, sind Vereinbarungen zwischen allen Beteiligten, die Klarheit schaffen: Je schneller, desto besser. Dies ist wichtig für die Konjunktur, weil Klarheit die unverzichtbare Grundlage für Vertrauen ist.

Jeder weiß, daß diese Entscheidungen anstehen und daß die notwendige Klarheit bis heute nicht geschaffen ist. Deswegen brauchen wir sie jetzt: Je schneller, desto besser.

Wir sind als CDU, als Union und als Koalition der Mitte in unserer Wirtschafts- und Finanzkompetenz entscheidend gefordert, auch in unserer Kompetenz als Partei der Einheit zur Vollendung eben dieser deutschen Einheit. Der Zielkonflikt in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der die schmale Gradwanderung beschreibt, für die wir mit dieser Vorlage des Bundesvorstandes einen Weg zeichnen, liebe Freunde, ist letztlich auch ein Ausdruck der politischen Aufgabe, Einheit, Integration zwischen Ost und West im vereinten Deutschland zu schaffen. Wir in der Bundestagsfraktion arbeiten daran. Wir haben in den Tagen von Erfurt und Leipzig mit all unseren Freunden aus den jungen Bundesländern und in der Führung der Fraktion Konzepte entwickelt, von denen viel in dieser Vorlage des Bundesvorstandes seinen Niederschlag gefunden hat. Wohlstand im Osten entwickeln und im Westen sichern — das ist die Aufgabe.

Wir sind, liebe Freunde, in den Tagen unseres Parteitages hier in Düsseldorf als Christlich Demokratische Union gut vorangekommen. Das gibt uns die Kraft, auf diesem Wege weiter erfolgreich und entschlossen voranzuschreiten. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Antrag des Bundesvorstandes. — Vielen Dank.

Gemeinsam handeln für Deutschland

– Vorfahrt für den Aufbau Ost –

1 In den zwei Jahren seit der Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes haben wir in einer gemeinsamen großen Anstrengung bereits viel erreicht: Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind heute in ganz Deutschland selbstverständlich. In den neuen Bundesländern haben sich die Lebensverhältnisse erheblich verbessert; die Renten und Einkommen sind spürbar gestiegen. Die Erneuerung der Infrastruktur ist auf breiter Front in Gang gekommen. Der Grundstein für die Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands ist gelegt; die Weichen für die Zukunft sind richtig gestellt.

Der notwendige Strukturwandel bringt aber für viele Menschen auch erhebliche persönliche Belastungen und Härten mit sich. Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, damit in Zukunft jeder in den neuen Ländern Anteil am Aufbauerlebnis hat. Im Osten Deutschlands machen sich viele vor allem Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Insbesondere junge Menschen haben es schwer, neue Orientierung und eine berufliche Perspektive zu finden. Im Westen besteht die Befürchtung, durch die Größe der Aufgaben, die zu bewältigen sind, überfordert zu werden.

In allen Bereichen unserer Gesellschaft muß die Einsicht wachsen, daß das gemeinsame Aufbauwerk gefährdet wird, wenn wir Deutschen uns im gegenseitigen Aufrechnen von Lasten und Opfern verlieren. Wir müssen erkennen, daß die Einheit ganz Deutschland erfaßt und verändert. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, reichen weit über die Lösung materieller Probleme hinaus. Das innere Zusammenwachsen des geeinten Deutschlands erfordert vor allem Begegnung, Dialog und Verständnis.

Der 3. Parteitag fordert alle Gliederungen der CDU auf, Partnerschaften zwischen Ost und West intensiv zu pflegen und alle Möglichkeiten zu gemeinsamem Handeln zu nutzen.

Das 1991 verabschiedete Dresdner Manifest bildet die geeignete Grundlage für unsere Diskussion zur Vergangenheitsbewältigung. Nach der friedlichen Revolution in Ostdeutschland muß die CDU gerade in der jungen Generation dafür Sorge tragen, daß das sozialistische System nicht verharmlost wird. Heute vermischen sich oft die Sorgen und Probleme, die aus der Mißwirtschaft des ehemaligen SED-Regimes entstanden sind, mit den Schwierigkeiten im gegenwärtigen Umstrukturierungsprozeß. Aufklärung und Weiterbildung im Bereich der politischen Bildung sind und bleiben eine zentrale Aufgabe. Wir müssen die Betroffenheit der Opfer des stalinistischen Regimes wahrnehmen und die Täter zur Rechenschaft ziehen. Verweigerter Bildungschancen müssen nachgeholt werden können.

Gleichzeitig wird es eine der zentralen Aufgaben sein, all denen, die sich strafrechtlich nicht schuldig gemacht haben, die Eingliederung in das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen. Wir dürfen nicht dauerhaft große Gruppen der Gesellschaft aus dem allgemeinen Prozeß ausgrenzen. Nicht jeder kann im öffentlichen Bereich tätig sein, aber alle sollen ihre Zukunft finden.

I. Die Dimension der Herausforderungen erkennen

2. Zwei Jahre nach der Verwirklichung der Deutschen Einheit tritt die CDU dafür ein, früher getroffene Entscheidungen vor dem Hintergrund der inzwischen gewonnenen Erfahrungen zu überprüfen, notwendige Korrekturen durchzuführen und klare Konzepte für die vor uns liegenden Herausforderungen zu formulieren. Notwendig ist eine umfassende Bestandsaufnahme der Aufgaben und Herausforderungen, die Deutschland im Inneren sowie in Europa und in der Welt bewältigen muß. Wir brauchen einen realistischen Überblick über die künftig notwendigen Maßnahmen und die dafür erforderlichen Finanzmittel. Auf dieser Grundlage muß eine Neuordnung der Prioritäten unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik erfolgen. Die Menschen in Deutschland brauchen eine klare Perspektive für die vor uns liegenden Jahre.

3. Das SED-Regime in der ehemaligen DDR hat eine immense Erblast hinterlassen, deren ganzes Ausmaß erst nach und nach überblickt werden kann. Mehrere hundert Milliarden Mark werden noch notwendig sein, um allein die finanziellen Folgen dieser Erblast abzutragen.

Die Bewältigung dieser Erblasten und die Finanzierung des Aufbaus der neuen Länder erfordert erhebliche Mittel. Noch längere Zeit werden Finanz-

transfers aus den alten Bundesländern notwendig sein. In gesamtstaatlicher Verantwortung wollen wir die innere Einheit Deutschlands vollenden.

4. Diese Herausforderungen müssen in einer Zeit bewältigt werden, in der sich die ökonomischen Rahmenbedingungen erheblich verändert haben. Die Länder Mittel- und Osteuropas befinden sich durch den Umbruch zur Marktwirtschaft in einer Krise, zu deren Überwindung Deutschland einen erheblichen Beitrag leistet. In einer Reihe der westlichen Industrieländer verzeichnen wir seit längerer Zeit einen schwachen Konjunkturverlauf. In Deutschland hatte der Nachfrageschub aus den neuen Bundesländern zu einer positiven Sonderentwicklung geführt; jetzt wirkt sich die schwache Weltkonjunktur auch auf unsere exportorientierte Volkswirtschaft aus.

Mit Sorge stellen wir fest, daß wesentliche Daten der deutschen Volkswirtschaft signalisieren: Wir leben über unsere Verhältnisse. Es muß wieder nach dem Grundsatz gehandelt werden: Nur das kann ohne wirtschaftlichen Schaden konsumiert werden, was zuvor solide erwirtschaftet wurde. Dies erfordert konsequente finanzpolitische Weichenstellungen in allen öffentlichen Etats. Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie die Bürger in ganz Deutschland müssen sich auf diese Perspektive einstellen.

II. Konzentration aller Kräfte notwendig

5. Wir befinden uns jetzt in einer entscheidenden Gestaltungsphase für die Entwicklung des Wohlstandes im Osten und die Sicherung des Wohlstandes im Westen. Beide Aufgaben stehen in einem inneren Zusammenhang. Ein verzögerter Aufbau der neuen Bundesländer würde die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland gefährden und alle Menschen in Ost und West betreffen. Zum anderen würde eine ungünstige Wirtschaftsentwicklung in den alten Bundesländern nicht ohne Auswirkung auf das Tempo des wirtschaftlichen Aufholprozesses in den neuen Bundesländern bleiben. Stabilität, Wachstum und Beschäftigung im östlichen und westlichen Teil Deutschlands sind nicht mehr voneinander zu trennen. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern sind daher zwei Teilaufgaben derselben großen nationalen Herausforderung.

6. Der außergewöhnliche Anstieg der öffentlichen Verschuldung in den zurückliegenden zwei Jahren war aufgrund der historisch einmaligen Situation, die mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gegeben war, unvermeidlich. Für die Zukunft steht das Instrument der Staatsverschuldung nur noch äußerst begrenzt zur Verfügung. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte muß deutlich zurückgeführt werden. Gerade die

privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit muß gestärkt werden, damit Deutschland seine Chancen auf den Weltmärkten nutzen kann. Nur so können Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden; nur so kann das Netz der sozialen Sicherung leistungsfähig bleiben.

7. Wir brauchen ein drastisches Sanierungs- und Sparkonzept für alle Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. Dies erfordert auch Eingriffe bei gesetzlichen Leistungen und anderen rechtlichen Verpflichtungen. Die Ausgabenzuwächse der öffentlichen Haushalte müssen für längere Zeit geringer ausfallen als der Zuwachs des Bruttosozialproduktes. Die Verwirklichung wünschenswerter Projekte im Westen muß zurückgestellt werden, um Mittel zugunsten dringender Vorhaben im Osten aufbringen zu können. Die Sozialversicherungen müssen sich wieder stärker auf die Absicherung der Risiken beschränken, die der einzelne nicht alleine tragen kann.

Zur soliden Finanzierung des Aufbaus der neuen Bundesländer muß der strikte Konsolidierungskurs des Bundes fortgesetzt werden und müssen die jährlichen Zuwachsraten des Bundeshaushalts auf durchschnittlich 2,5 Prozent beschränkt bleiben. Notwendig ist darüber hinaus, die jährlichen Steigerungsraten der Haushalte der westlichen Länder und Kommunen auf durchschnittlich drei Prozent zu begrenzen. Gemeinsam müssen Bund, Länder und Kommunen diesen Sparkurs konsequent fortführen.

Wer jetzt seinen Beitrag — beispielsweise zu Einsparungen und Umschichtungen — verweigert, trägt die Verantwortung dafür, wenn die Belastungen für den Bürger schon bald erhöht werden müssen.

8. Einsparungen und Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten werden alleine nicht ausreichen, die uns gestellten Aufgaben zu bewältigen. Um die Einsparziele in den öffentlichen Haushalten erreichen zu können und um eine Überforderung unserer Wirtschaft zu vermeiden, müssen auch die Tarifvertragsparteien einen solidarischen Beitrag erbringen. Notwendig sind eine langsamere Anpassung des Lohnniveaus in Ostdeutschland und geringere Lohnsteigerungen in Westdeutschland, flexiblere Arbeitszeiten und eine stärkere Orientierung der Tarifverträge an der Produktivität sowie an regionalen und betrieblichen Besonderheiten. Die Lohnschere zwischen Ost und West darf sich nicht vergrößern und muß in angemessener Frist geschlossen werden.

Wir brauchen einen Solidarpakt für Deutschland. In der außergewöhnlichen Situation unseres Landes ist es erforderlich und geboten, daß sich die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden sowie Wirtschaft, Gewerkschaften, Unternehmen, Tarifpartner und Parteien über die Größe und den

Umfang der Aufgaben und die notwendigen Maßnahmen verständigen und zu gemeinsamem Handeln im Interesse unseres Landes kommen.

9. 1995 müssen die neuen Länder in den Bund-Länder-Finanzausgleich einbezogen werden. Dies erfordert insbesondere erhebliche Umschichtungen im horizontalen Ausgleich zwischen den Ländern.

Gleichzeitig ist ab 1995 die finanzielle Erblast des SED-Regimes abzutragen, deren Höhe derzeit auf 400 Milliarden DM geschätzt wird. Zur Bewältigung dieser Aufgaben sind Steuererhöhungen notwendig. Die Entscheidungen müssen im Zusammenhang mit den Gesprächen über den Solidarpakt bald getroffen werden, in die die Union ihre Vorstellungen einbringen wird.

Die Steuerpolitik muß weiterhin zum Ziel haben, günstige Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze zu setzen. Die CDU steht dafür ein, daß alle Lasten gerecht verteilt werden. Alle müssen zur Bewältigung der jetzt anstehenden Aufgaben einen Beitrag erbringen, der ihrer Leistungsfähigkeit entspricht.

Der Bundesparteitag empfiehlt, zur Bewältigung der Erblasten des SED-Regimes einen Erblasten-Fonds einzurichten, der gesamtstaatlich und zeitlich gestreckt entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit abgetragen wird.

III. Maßnahmen zum weiteren Aufbau der neuen Länder

10. Investitionen fördern

Die neuen Bundesländer sind ein lohnender Standort für Investoren. Sie liegen im Herzen Europas und haben damit die große Chance, eine Brücken- und Drehscheibenfunktion zwischen West und Ost zu übernehmen. Dazu bedarf es einer leistungsfähigen Wirtschaft und einer modernen Infrastruktur. Investitionen in die neuen Bundesländer sind Zukunftsinvestitionen.

Für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Ländern kommt es jetzt entscheidend darauf an, die Investitionstätigkeit zu stärken. Öffentliche und private Investitionen haben eine Schlüsselrolle für die dringend nötige Modernisierung der Wirtschaft und damit auch für die Schaffung rentabler und sicherer Arbeitsplätze.

● Angesichts des hohen Investitionsbedarfs in Wirtschaft und Infrastruktur der neuen Bundesländer ist die Fortsetzung und Verstärkung der Investitionsförderung für die nächsten Jahre unverzichtbar. In die Investitionsför-

derung sollen auch Aufwendungen für Lizenzgebühren einbezogen werden.

- Die Erfahrung hat gezeigt, daß die große Zahl der bestehenden Förderprogramme für viele Investoren — insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe — wenig durchschaubar ist. Um die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen zu erhöhen, muß eine Konzentration auf wenige Instrumente erfolgen.
- Um die Wirkungsbreite der Investitionszulage deutlich zu vergrößern, soll diese Zulage für mittelständische Investoren aus den neuen Bundesländern — sofern sie auf die gleichzeitige Inanspruchnahme der Sonderabschreibungen verzichten — befristet aufgestockt werden.
- Um breiten Bevölkerungsschichten auch in den neuen Bundesländern eine Beteiligung am Produktivkapital zu ermöglichen, fordern wir die Tarifvertragsparteien auf, die vom Gesetzgeber angebotenen Möglichkeiten umfassend auszuschöpfen und eigene vermögenspolitische Initiativen zu ergreifen. Wir setzen uns dafür ein, daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Bildung von Produktivvermögen fortentwickelt werden. Insbesondere wollen wir für eine Übergangszeit Ausnahmeregelungen für den Anlegerschutz vorsehen.

11. Investitionshemmnisse abbauen

Zur Verstärkung der Investitionstätigkeit müssen in erster Linie noch bestehende Investitionshemmnisse beseitigt werden. Es hat sich gezeigt, daß die im Westen Deutschlands in Jahrzehnten gewachsene ausdifferenzierte Struktur der Rechts- und Verwaltungsvorschriften den schwierigen Bedingungen des Aufbaus im Osten nicht gerecht wird und Politik, Verwaltung und Wirtschaft dort überfordert. Es sind deshalb vereinfachte Rechts- und Verfahrensvorschriften erforderlich.

- Im Planungs-, Bau- und Genehmigungsrecht benötigen wir verkürzte und vereinfachte Verfahren. Von Genehmigungspflichten und Auflagen für städtebauliche, verkehrs- und umweltrechtliche Maßnahmen ist immer dann abzusehen, wenn der dadurch erzielte Zeitgewinn höher zu bewerten ist, als der mit der Vorschrift angestrebte Nutzen. Die Überprüfbarkeit von Bebauungsplänen im Rahmen von Normenkontrollverfahren ist für fünf Jahre auszusetzen.
- Die Klärung von offenen Eigentums- und Vermögensfragen in den neuen Bundesländern muß schneller als bisher erfolgen. Mit der Reform des Vermögensgesetzes ist es gelungen, bestehende Investitionshemmnisse abzubauen. Zur weiteren Beschleunigung der Klärung offener Vermögensfragen fordert die CDU eine rasche Bereinigung des Sachenrechts, Vereinigungen im Grundbuchverfahren, die Möglichkeit, unvermessene

Grundstücke in Innenstädten beleihen zu können, sowie eine Verkürzung und Straffung des Verwaltungsgerichtsschutzes. Wir setzen uns dafür ein, daß ein Entschädigungsgesetz rasch verabschiedet wird, um noch bestehende Rechtsunsicherheiten gerade auch für Investoren zu beseitigen.

- Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen darf nicht an ökologischen Altlasten scheitern. Notwendig ist daher eine Regelung, durch die die Kosten der Altlasten-Sanierung auf Treuhandanstalt, jeweiliges Bundesland und Erwerber umgelegt werden; dabei ist der Investor weitgehend finanziell zu entlasten.
- Positive Erfahrungen mit Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung in Ostdeutschland sollen in ganz Deutschland umgesetzt werden.

12. Öffentliche Verwaltung stärken

Die öffentlichen Verwaltungen in den neuen Ländern müssen so schnell wie möglich in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben in vollem Umfang und zügig zu erfüllen. Sie müssen vor allem alle Möglichkeiten ausschöpfen können, die ihnen eine Vereinfachung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften bietet.

- Die Verwaltungen in den neuen Ländern werden auch dann auf umfangreiche personelle Unterstützung durch westdeutsche Beamte angewiesen bleiben, wenn Verfahren beschleunigt und Rechtsvorschriften vereinfacht worden sind. Insbesondere bei den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen und bei den Grundbuchämtern sind personelle Verstärkungen durch die Verwaltungen in den westlichen Bundesländern weiterhin dringend erforderlich. Es müssen alle Möglichkeiten der Personalarbeit fortgeführt und verstärkt werden. Im Rahmen von Partnerschaften zwischen ost- und westdeutschen Ländern und Kommunen ist verstärkt von der Möglichkeit der Verwaltungshilfe Gebrauch zu machen, indem westdeutsche Verwaltungen für eine Übergangszeit einen Teil der Aufgaben ihrer Partner übernehmen.
- Beim weiteren Aufbau der Verwaltungen in Ostdeutschland ist ständig zu prüfen, ob bisher öffentlich wahrgenommene Aufgaben ganz oder teilweise auf private Anbieter übertragen werden können. Dafür in Frage kämen Aufgaben der Ver- und Entsorgung, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Planung und Erschließung von Gewerbeflächen oder auch bei der Vorbereitung von Entscheidungen über offene Vermögensfragen.

13. Infrastruktur ausbauen

Der Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur ist unabdingbare Voraussetzung für private Investitionen, einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung und für verbesserte Beschäftigungs- und Wachstumsbedingungen. Deshalb sind die Anstrengungen der neuen Bundesländer beim weiteren Ausbau und Aufbau ihrer Infrastruktur intensiv zu unterstützen. Durch Umschichtungen der Bundesmittel sind die Aufwendungen zugunsten der Infrastruktur in den neuen Bundesländern zu verstärken.

Die Treuhandanstalt ist in die Lage zu versetzen, Grundstücke und Immobilien zur Förderung des Mittelstandes an regionale Gesellschaften, Landkreise und Kommunen zu günstigen Konditionen zu übergeben.

Mit der Abgabe nicht mehr für Bundeszwecke benötigter Liegenschaften trägt der Bund wesentlich zur Verbesserung der Infrastruktur von Ländern und Kommunen bei. Das Verbilligungskonzept des Bundes, wonach solche Grundstücke für bestimmte Aufgaben mit erheblichen Preisnachlässen veräußert werden können, hat sich bewährt.

14. Wohnungen sanieren und bauen

Der Aufschwung Ost wird in starkem Umfang durch die Bauwirtschaft getragen, wobei die Wohnungsinvestitionen, die bisher noch zu niedrig sind, weiter zunehmen müssen. Wohnungsinvestitionen kommen im besonderen Maß der heimischen Wirtschaft zugute. Voraussetzungen für mehr Wohnungsinvestitionen in den neuen Bundesländern sind insbesondere der schnellere Vollzug des Vermögenszuordnungsgesetzes und die vorrangige Entscheidung der Eigentumsfragen, wenn Bauinvestitionen beabsichtigt sind.

- Die Privatisierung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestandes muß dringend vorangebracht werden. Auch die Treuhandanstalt ist aufgefordert, die ihr unterstellten Wohnungen und Liegenschaften beschleunigt zu privatisieren.
- Die Altschulden sind zentrales Hindernis für mehr Investitionen in der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft. Deshalb muß möglichst rasch eine Lösung der Altschuldenproblematik im Einvernehmen mit den Ländern gefunden werden. Die CDU spricht sich dafür aus, unverzüglich eine Regelung der Altschuldenproblematik zu treffen, die es der Wohnungswirtschaft ermöglicht, vordringliche Modernisierungen sofort vornehmen zu können. Die Privatisierung von Wohnungen kann einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der Altschulden leisten. Die Entlastung von Schulden ist mit Privatisierungsaufgaben zu verbinden.

- Mit der Privatisierung von Wohnungen wird ein wichtiger Beitrag zur Eigentumsbildung geleistet. Damit können auch im privaten Wohnungsbau neue Investitionsimpulse gesetzt werden. Vor allem für Haushalte mit niedrigem Einkommen muß die Möglichkeit des Eigentumserwerbs verbessert werden. Deshalb sprechen wir uns für die Aufstockung des Förderrahmens im sozialen Wohnungsbau und deren Zweckbindung für eigentumsbildende Maßnahmen aus. Darüber hinaus muß geprüft werden, ob der Kreditrahmen des Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau noch einmal erweitert werden kann.
- Im Bereich des Bodenmarktes brauchen wir eine raschere Mobilisierung von Grundstücken, vor allem aus dem Bestand der öffentlichen Hand. Der praktische Verwertungsstopp bei Liegenschaften der Westgruppe der ehemaligen sowjetischen Truppen ist durch rasche Verhandlungsregelungen über eine Entschädigung der Vermögenswerte zu überwinden. Die Kommunen sind aufgefordert, neben Gewerbeflächen verstärkt Wohnbauland auszuweisen. Fehlende städtebauliche Konzepte sind rasch zu entwickeln und zu beschließen. Zugleich sind die Planungshilfen für die Kommunen in den neuen Ländern zur schnelleren Bereitstellung von Wohngebieten und Einzelgrundstücken zu verstärken.

15. Ausgewogene Wirtschaftsstruktur schaffen

Eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur sowohl mit größeren industriellen Unternehmen als auch mit mittelständischen Betrieben bildet die Existenzgrundlage für die Bürger in den neuen Ländern. Deshalb kommt es gleichermaßen auf die Erhaltung sanierungsfähiger Unternehmen und den Aufbau eines gesunden Mittelstandes an. Umfangreiche Maßnahmen des Bundes fördern die privaten Investitionen in den neuen Bundesländern. Die Kapitalbasis der Investoren aus den neuen Bundesländern ist jedoch zumeist schmal. Damit sind diese mittelständischen Unternehmen besonders krisenanfällig.

- Um günstige steuerliche Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu gewährleisten, sollen die bestehenden unternehmensbezogenen steuerlichen Präferenzen befristet verlängert werden.
- Zur Erhaltung wichtiger industrieller Bereiche müssen die Maßnahmen zur Förderung privater Investitionen und der Infrastruktur unvermindert fortgesetzt werden. Die Treuhandanstalt soll ihren konsequenten Privatisierungskurs beibehalten und durch innovative Privatisierungsformen weiterentwickeln. Sie soll die Sanierungsanstrengungen bei sanierungsfähigen, aber noch nicht unmittelbar privatisierbaren Unternehmen für die Sicherung einer breit gefächerten industriellen Basis in den neuen Bundesländern verstärken.

- Zum Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes können gezielte Maßnahmen zur Förderung der Investitionstätigkeit und zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung vor allem bei Existenzgründungen beitragen. Durch Konzentration der bisherigen Investitionsförderung sind entsprechende Maßnahmen zu ermöglichen.
- Ostdeutsche Existenzgründer, die schlüssige Unternehmenskonzepte vorweisen, dürfen nicht daran scheitern, daß sie keine ausreichenden Kredite aufnehmen können, weil sie die banküblichen Sicherheiten nicht bieten können. Die bereits vorhandenen Instrumente, wie z. B. Bürgschaftsbanken, müssen verbessert und breit angeboten werden.
- Um beim Erwerb von Grundstücken und Betrieben den Kapitaleinsatz für ostdeutsche Unternehmen zu vermindern, sollten verstärkt Mietkauf, Mietpacht und Kaufpreisstundungen als Instrumente eingesetzt werden.
- Nach dem weitgehenden Zusammenbruch der traditionellen Absatzmärkte ostdeutscher Unternehmen muß jetzt alles daran gesetzt werden, diesen Unternehmen neue Märkte in Westeuropa zu erschließen. Dies setzt voraus, daß ostdeutsche Unternehmen ihre Produkte und Produktionsverfahren für westliche Märkte wettbewerbsfähig machen und die dafür notwendige Phase der Umstellung bewältigen können. Dafür muß die Treuhandanstalt die Voraussetzungen schaffen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen für eine Übergangszeit Präferenzregelungen für ostdeutsche Anbieter gelten.
- Damit der Handel zwischen Deutschland und den osteuropäischen Ländern langfristig wieder belebt werden kann, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die noch vorhandenen Wirtschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Dazu können auch zeitlich auseinanderfallende Gegenwarengeschäfte einen wichtigen Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang befürworten wir deutsche Beteiligungen an der Energie- und Rohstoffförderung in Osteuropa, die diesen Ländern die notwendigen Deviseneinnahmen für internationale Handelsbeziehungen verschaffen.